



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

E L S E
F R E N K E L -
B R U N S W I K
I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG



Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt

Kurzbericht

Engagement und politische Einstellungen

Herausforderungen und Perspektiven in einer sich wandelnden Gesellschaft

Hannah Hoffmann, Vivian Schachler, Julia Schlicht, Elmar Brähler, Oliver Decker

Hintergrund:

Das Funktionieren der Demokratie wird zunehmend als bedroht wahrgenommen. Besonders die erhöhte und andauernde Krisenwahrnehmung und die mit ihr einhergehende Verunsicherung führen zu einer Zunahme autoritärer Bedürfnisse, die wiederum in engem Zusammenhang mit der Hinwendung zu rechten Ideologien stehen. Zur Stabilisierung der Demokratie wird dem Engagement eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Jedoch gerät auch das Engagement selbst zunehmend unter Druck. Daher stellen sich folgende Fragen:

- Inwiefern spiegeln sich autoritäre und rechte Einstellungen auch im Engagement wider?
- Inwiefern kann Engagement einen Beitrag zum Schutz und zur Stärkung der Demokratie leisten?

Methodik:

Seit 2002 untersucht die Leipziger Autoritarismus Studie im zweijährigen Rhythmus politische Einstellungen in Deutschland. Erstmals wurden im Jahr 2024 auch Fragen zum Engagement aufgenommen. So konnten auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung Gesellschaftsbilder und politische Orientierungen (z. B. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Autoritarismus, rechtsextreme Einstellung) mit Bezug zum Engagement ausgewertet werden.

Weitere Informationen zum Projekt und den Gesamtbericht finden Sie hier:

[zur Studie](#)



Kernergebnisse

Engagierte vertreten häufiger demokratische Werte als Menschen, die sich nicht engagieren.

- Engagierte unterstützen die Demokratie als Staatsidee signifikant mehr als Nichtengagierte (95 % vs. 89,5 % Zustimmung), sind signifikant zufriedener mit der Demokratie, wie sie in Deutschland verfassungsmäßig festgelegt ist (79,3 % vs. 71,6 % Zustimmung) und, wie sie in der Praxis funktioniert (46,7 % vs. 41,4 % Zustimmung).

Engagierte haben eher den Eindruck, selbst politisch wirksam sein zu können.

- Nur 58,1 Prozent der Engagierten glauben, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut (vs. 74,6 % der Nichtengagierten). Nur 50,8 Prozent der Engagierten halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren (vs. 66,5 % der Nichtengagierten).

Engagierte weisen signifikant seltener rechte Einstellungen und gruppenbezogene Ressentiments auf.

- 1,9 Prozent der Engagierten vertreten ein geschlossen rechtsextremes Weltbild (vs. 5,1 % der Nichtengagierten). 23 Prozent der Nichtengagierten vertreten ausgeprägte ausländerfeindliche Einstellungen, bei Engagierten sind es deutlich weniger (16%).

Engagement kann einen Schutzfaktor vor der Entwicklung von rechten Einstellungen darstellen.

- Die Ergebnisse einer moderierten Regressionsanalyse legen diesen Schluss nahe: Während eine als schwächer wahrgenommene Volkswirtschaft oft mit höheren Rechtsextremismuswerten einhergeht, lässt sich dieser Zusammenhang bei Engagierten nicht finden.



Zwischenfazit 1

Engagement kann einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Eine Typenanalyse der Engagierten hinsichtlich ihrer politischen Einstellung legt nahe: Auch unter den Engagierten finden sich solche, die rechte Aussagen nicht immer ablehnen.

- Engagierte lassen sich hinsichtlich ihrer politischen Einstellung in drei Typen unterscheiden:
- resilient-demokratischer Typus: höchste Ausprägung demokratischer Werte (38,5 %)
 - fragil-demokratischer Typus: grundsätzlich demokratisch, gewisse Offenheit für antidemokratische Narrative (39,5 %)
 - rechtsautoritärer Typus: ausgeprägte ethnozentrische Einstellungen und Affinitäten zur NEO-NS-Ideologie (22,2 %)

Die Einstellungstypen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Soziodemographie.

- Während der resilient-demokratische Typus eher weiblich (58,3 %) und jünger (21,5 % der Engagierten diesen Typus sind 16–30 Jahre alt) ist und eine höhere Abiturquote (52,8 %) sowie ein eher höheres Einkommen (36,3 % berichten ein monatliches Einkommen von mehr als 3.000 €) aufweist, hat der fragil-demokratische Typus eine etwas niedrigere Abiturquote (36,1 %) und eine ausgeglichene Geschlechterverteilung (50,6 % Frauen).
- Der rechtsautoritäre Typus ist eher männlich (58,5 %) geprägt und durchschnittlich älter (34,0 % der Engagierten diesen Typus sind älter als 60 Jahre) als die beiden anderen Typen. Nur jede*r fünfte Engagierte des rechtsautoritären Typus hat Abitur (21,3 %).
- Die sozialräumliche Verteilung der Typen zeigt, dass der fragil-demokratische Typus in Ostdeutschland (53,2 %) etwas stärker vertreten ist als in Westdeutschland (36,0 %), wo der resilient-demokratische Typus (41,3 %) dominiert. Und auch im ländlichen Raum (43,2 %) ist der fragil-demokratische Typus etwas häufiger zu finden, als im städtischen Raum (36,1 %), auch wenn diese Unterschiede nicht signifikant sind.
- Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den drei Typen hinsichtlich der Organisiertheit ihres Engagements, der Dauer und Häufigkeit ihres Einsatzes sowie des Prozentsatzes derer, die eine Leitungsfunktion sowie ein gewähltes Amt innehaben.



Zwischenfazit 2

Demokratische Einstellungen im Engagement lassen sich nicht nur im privilegiert-bürgerlichen Milieu verorten. Die Daten liefern jedoch einen Hinweis darauf, dass der resilient-demokratische Typus eben jene Resilienz gegenüber antidemokratischen Narrativen in Teilen daraus generieren kann, dass er im Durchschnitt auf mehr materielle und mentale Ressourcen bei der Verarbeitung von Unsicherheit und Krisen zurückgreifen kann.

Handlungsempfehlungen – für Politik, Praxis und Wissenschaft

- 1** Da Engagement das Rückgrat unserer demokratischen Gesellschaft bildet, erfordert es eine umfassende Anerkennung seiner vielfältigen Ausprägungen sowie Förderstrukturen, die dieser Vielfalt gerecht werden. Engagement sollte insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Räumen gefördert werden. Der Zugang zu Engagement kann das Gefühl von demokratischer Teilhabe und Selbstwirksamkeit ermöglichen, das nicht zuletzt auch das Vertrauen in die Demokratie stärken kann.
- 2** Der Zugang zu Förderprogrammen muss niedrigschwellig gestaltet sein, um nicht durch Komplexität und bürokratischen Aufwand diejenigen auszuschließen, die mit Förderanträgen nicht vertraut sind.
- 3** Neben finanzieller Unterstützung müssen auch Austauschmöglichkeiten und Beratungsangebote zugänglich gemacht werden.
- 4** Förderangebote sollten sich nicht lediglich an innovative Projekte richten, sondern auch etablierte zivilgesellschaftliche Strukturen im Umgang mit Konflikten unterstützen und den Einbezug von möglichst vielen Perspektiven, so zum Beispiel auch die von jungen Menschen und Frauen, fördern.
- 5** Um sich zukunftsorientiert gegen rechtsautoritäre Einflussnahmen innerhalb einer Organisation oder von außen aufzustellen, wird die Erstellung von Schutzkonzepten und -maßnahmen als fester Bestandteil von Vereinsarbeit empfohlen.
- 6** Forschungsbedarf besteht insbesondere hinsichtlich der Faktoren, die antidemokratisches Engagement begünstigen, des Ausmaßes rechter Bedrohungen in verschiedenen Engagementbereichen sowie der Frage, inwieweit zivilgesellschaftliche Organisationen in der Lage sind, rechten Interventionen wirksam zu begegnen.



Gesamtfazit

Zusammenfassend lässt sich sagen: Engagement ist ein zentraler Ort des demokratischen Miteinanders. Es bringt als ›Kitt der Gesellschaft‹ Menschen zusammen, die mehrheitlich demokratischen Überzeugungen anhängen und seltener antidemokratische Einstellungen vertreten. Zugleich kann gezielte Unterstützung dabei helfen, die demokriestabilisierende Wirkung von Engagement, insbesondere in Zeiten der krisenhaften Verunsicherung, möglichst vielen zugänglich zu machen.